

Im Jahre vierteljährlich 2,50 M., bei
jeweiliger Aufhebung 2,75 M., durch
die Post 3,25 M., nachst. Zustellungs-
gebühr. Bestellungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
Am amtlichen Zeitungsberechnungs-
amt unter „Saale-Beitung“ eingetragen
für unentgeltlich eingehende Anzeigen
wird keine Gebühr abgenommen.
Redaktion nur mit Quittungsbogen:
„Saale-Beitung“ gefastet.

Verleger der Redaktion Nr. 1140:
Gebrüder H. & W. Henschel, Leipzig
(Markt 24) Nr. 2266.

Saale-Beitung.

Einundvierzigster Jahrgang.

weder die Spaltenzeit oder dem
Raum mit 30 Pfg., solche aus Halle mit
20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
stelle, von unterm Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditionen an-
genommen. Retamen die Seite 75 Pfg.

Erachtet wöchentlich postfrei;
Sonntags und Feiertagen
nicht postfrei.

Redaktion und Haupt-Expeditions-
stelle, Halle, Gr. Brauhausstraße 17;
Rezeptionsstelle, Markt 24.

Nr. 160.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 6. April

1907.

Ministerverantwortlichkeit.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Im Reichstag haben die freisinnigen Parteien beantragt, die Verbindeten Regierungen zu erziehen, auf dem Wege der Befragung die Verantwortlichkeit des Reichstages und seiner Stellvertreter zu regeln und verantwortliche Reichsministerien zu schaffen. Der Antrag suchte eine Forderung zu verwirklichen, die wahrhaft konstitutioneller Staatsaufbau entspricht. Die Verfassungen des Reichs mit der Einzelstaaten bestimmen, daß Reichstagen und Minister verantwortliche Träger der Regierungspolitik sein sollen; aber diese Verantwortlichkeit steht in Wirklichkeit nur auf dem Papier. Wir haben Minister, die man als verantwortlich anieht und die sich selbst als verantwortlich bezeichnen, aber es ist schwer zu sagen, in welcher Weise ihre Verantwortlichkeit zum Ausdruck kommt. In der Verfassung steht es, daß ein Ministerverantwortlichkeitsgesetz erlassen werden solle; aber die Versuche, ein solches Gesetz zustande zu bringen, sind seit Menschengedenken nicht erneuert worden. Wenn das Parlament die Befehle zu erheben hätte, daß die Minister die Verfassung verletzen, es würde keinen Richter finden, vor dem es diese Beschwerden anbringen kann.

Nun kann freilich eine gewisse Ministerverantwortlichkeit auch ohne Verantwortlichkeitsgesetz bestehen. In England hat man die Ministeranlagen längst zum alten Eisen geworfen. Sobald ein Minister die Empfindung hat, daß seine Tätigkeit nicht mehr von dem Befehl der Mehrheit begleitet ist, verlangt er seinen Abschied und im Augenblick, wo er ihn erhalten hat, sind ihm alle seine Sünden, die wirksamen wie die vermeintlichen, vergeben. Auch von einer solchen Einrichtung ist bei uns keine Rede. Das Parlament hat keinen Einfluß darauf, wer Minister werden soll, und keinen Einfluß darauf, wann ein Minister gehen soll. Wir haben kein „parlamentarisches System“.

So bleibt denn von der auf dem Papier stehenden Ministerverantwortlichkeit nur so viel übrig, daß ein Minister für verpflichtet erachtet wird, sich über die Gründe der von ihm getroffenen Maßregeln vor der Volksvertretung auf deren Verlangen auszusprechen. Sobald er keine Gründe entwirft hat, hat er seiner Verantwortlichkeit genügt! Eine Abmahnung darüber, ob seine Gründe gebilligt werden oder nicht, findet in der Regel nicht statt und selbst wenn sie stattfindet und gegen ihn ausfällt, würde das von seiner Verantwortlichkeit sein. Der Minister würde sich nicht für verpflichtet halten, seinen Abchied zu fordern und wenn er ihn forderte, würde er ihm wahrscheinlich verweigert werden.

Beidehieses was wir Deutsche sind, haben wir uns daran gewöhnt, in diesen Zuständen eine Ministerverantwortlichkeit zu sehen. Hat irgend ein Schritt des Ministers Mißfallen erregt, ist er als zurechnbar, ist schuldig, ist rechtswidrig, ist als verfassungswidrig bezeichnet worden, so wird auf dem Wege der Interpellation oder bei irgend einer Nummer des Haushalts eine Erörterung hervorgerufen; der Angezeigte sagt seine Meinung, der Minister sagt seine Meinung, andere mitteln sich in die Debatte, und endlich sagt der Präsident: „Die Erörterung ist erschöpft; der Gegenstand ist erledigt; wir gehen zum nächsten Gegenstand der Tagesordnung über.“

Zumellen wird aber auch dieses bestehende Maß von Ministerverantwortlichkeit nicht gewährt. Dann braucht der wegen seines Verhaltens angezeigte Minister eine Abmahnung, die, wenn wir sie auf ihren präzisesten Ausdruck zurückführen wollten, etwa so lauten würde: „Ich übernehme die Verantwortlichkeit für diese Maßregel, folglich brauche ich mich nicht zu verantworten.“

Es mag dabei folgender Gedankengang zugrunde liegen: Jede Verantwortlichkeit, die ein Mensch trägt, ist in erster Linie eine Verantwortung vor sich selbst, vor seinem Gewissen, vor Gott. Wenn jemand nun in feierlicher Weise versichert, er habe sich ernstlich geprüft und sein Gewissen sage ihm, daß er recht gehandelt habe, so habe er seiner Verantwortlichkeit vollkommen genügt und es müsse ihm erlassen bleiben, vor Menschen wegen dieser Handlung Rede zu haben. Vor Theologen mag ein solcher Gedankengang ausreißend sein, aber nicht vor Volksvertretern, die berufen sind, auf die Wahrung des Rechtes zu achten.

Deshalb ist es notwendig, die Verantwortlichkeit der Minister im Wege der Befragung zu regeln. Gleichzeitig muß aber im Reich auch eine andere Organisation der Reichstages durchgeföhrt werden. Mehr und mehr hat sich gezeigt, daß die heute allein bestehende Verantwortlichkeit des Reichstages völlig unzureichend ist und ständig wachsenden Schwierigkeiten begegnet. Es ist eine alte liberale Forderung, daß auch im Reich verantwortliche Ministerien an Stelle der dem Reichstagen untergeordneten Minister geschaffen werden. Je mehr die Regierungs- und Verwaltungsgeschäfte wachsen, desto dringlicher wird die Aenderung der Organisation.

Deutsches Reich.

Geis- und Personalnachrichten.

— In der letzten Ministerversammlung in Berlin teilte Ober-
kammerminister Kirchener mit, daß der Kaiser für die Kuppel
des Rudolf-Wilhelm-Kranienhauses einen Architekten, besonders
für die schöne Kapelle angelegentlich Altarbehangen ge-
wählt hat.

— Der Kaiser konferierte am Freitag im Auswärtigen Amt
mit dem Staatssekretär v. Tschirchky.

— Der Großherzog von Baden hat sich nach der
„Kön. Ztg.“ so gut erhol, daß eine Reise nach dem Süden
wahrscheinlich unterbleibt. Seit einigen Tagen unternimmt er
mit der Großherzogin Ausfahrten, und am Mittwoch hat er
den ersten Spaziergang zu Fuß gemacht, der ihm sehr gut be-
kommen ist.

— Der Großherzog und die Großherzogin von Meden-
burg-Schwern treten Ende dieses Monats eine längere
Reise nach Italien und dem Orient an.

— Der Herzog und die Herzogin Johann Albrecht von
Medlenburg treffen morgen in Konstantinopel ein.

— Prinz Joachim Albrecht von Preußen, bisher
Major in der Schütztruppe für Südwestfalen, ist in Klauquod
eingetroffen.

Ein Handschreiben des Königs von Sachsen.

Der deutsche Vorkämpfer in Konstantinopel Freiherr von
Mederich wurde nach dem geliebten Selamit vom Sultan
in Audienz empfangen. Er überreichte dabei dem Sultan im
Namen des Königs von Sachsen ein Handschreiben des
letzteren, sowie die von Professor Guntli aufgenommenen künst-
lerischen Photographien von Kunstbauten Konstantinopels.

Der Ausbau der Parteiorganisationen.

Das die Ertüchtung des entstehenden Liberalismus besser als
durch alle lächerlichen Reden über die Einigung durch die Schaffung
der bestehenden Parteiorganisationen herbeigeföhrt wird, diesen
Gedanken vertritt auch die „Silbe“ des Hrn. Neumann in
einem Artikel, der sich mit dem bevorstehenden Parteitag des
Wahlvereins der Liberalen (Freil. Berg.) beschäftigt. Er lautet
wie folgt:

„Wir sind aus vielen Zusätzen sehen, stellen sich unsere
Freunde überall in beiden Parteien in den Dienst der
Einigung aller Liberalen. Das ist an sich ehrenvoll und wünsch-
bar. Die „Silbe“ hat ja bereits in trüblichen Zeiten mit allem
Nachdruck die Verstreuten unterstellt, die zu den frankfurter
Beschlüssen und zum Zusammenarbeiten der drei freisinnigen
Gruppen im Reichstag geführt haben. Wir waren aber
unserer Freunde nachdrücklich, über alle dem ihre Pflichten
zu setzen. Es ist, wenn man zu bedenken darf, die
von uns zu lassen. Die Freisinnigen und die Sächsischen
Volkspartei halten, woraus wir ihnen nicht den geringsten
Vorwurf machen, an ihren eigenen Organisationen
fest und bauen sie weiter aus. Damit ist die Organisations-
form des Liberalismus für die nächste Zeit festgelegt. Wir
haben jetzt noch nicht mit einer einzigen großen liberalen Partei
zu rechnen. Es ist, wenn man zu bedenken darf, die
Organisationsform eines industriellen Betriebs, in dem die
einzelnen Betriebe ihre Selbständigkeit behalten; und es würde
keiner an einem solchen Kartell beteiligten Industriellen mit
guten Gründen einfallen, aus idealer Begeisterung für eine
stärkere Organisation seinen eigenen Betrieb an einen Nachbarn
in Kartell wegzuschicken. Interlokale Vereine“ mögen
hier und dort nötig sein, welche Vereine aber keinen Zweck
bedeuten, die ihnen Mittel und Wege zur Verfügung stellen,
noch gelangen sie auf Parteitagen zu Wort und Gehör.
Deshalb bedeutet jede Forderung der Verschmelzung
unserer Volksparteien nicht nur eine Schwächung
der bestehenden Vereine, sondern sie können auch für die
Einigung des Liberalismus, die nur auf dem
abwärtigen Wege, der Selbständigkeit der einzelnen
Parteiorganisationen fußt, zu erreichen ist, mehr
viel weniger leisten, als mancher erwarten mag. Was
wir jetzt brauchen, ist eine reue Arbeitgemeinschaft
der liberalen Gruppen im Reichstag und der Organisationen
dieser Gruppen im Lande.“

Das sind Ausführungen, die man Wort für Wort unterzeichnen
soll, und auch denen man erleben kann, in welcher Richtung sich
für absehbare Zeit die Bestrebungen zur Stärkung des Liberalismus
zu bewegen haben.

Reichstagsabgeordneter Warrer Naumann

ist als jetzt im Reichstag noch nicht zum Wort gekommen. Den
Grund hierfür erklärt man aus der neuesten Nummer der
„Silbe“. Naumann schreibt darin in Erwiderung auf einen
Artikel der sozialdemokratischen „Leipziger Volkszeitung“, die
meint, er habe bisher aus einer Art von Verzweiflung am
Liberalismus geschwiegen, folgendes: „Ich habe nicht geachtet,
weil ich bei der Interpellation über die Reichstagsfeier der
Vereinsvereine, bei der ich als Redner der Reichstagsfeier be-
stimmt war, durch Unwohlsein abgehalten war. Das ist das Ganze.
In die mangelhafte Rede über den Verlauf der Reichstagsfeier
einzuweisen, hätte ich kein Bedürfnis.“

Kein Kompromiß zwischen Zentrum und Polen.

Gegen die Anregung eines Kompromisses des Zentrums mit
den Polen hat gemäß der „Neußtädter Zeitung“ die Zentrale
der oberösterreichischen Freisinnigen auf einer Versammlung in
Gleiwitz am 2. April Stellung genommen. Das unter Mit-
achtung der oberösterreichischen Zentrumsorganisation erfolgte Vor-
gehen wird getadelt und der Kompromiß verworfen.

Gegen eine Berliner Weltausstellung.

Die nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen-
und Stahlindustrieller hielt in Düsseldorf ihre Haupt-
versammlung ab unter dem Vorsitz des Geheimrats Seebach-
Friedrich. Abgeordneter Weimer erbat eine eingehende
Jahresberichterstattung über die Weltausstellung in
dem Sinne einer Berliner Weltausstellung im Jahre 1913, und
sollte folgenden Beschluß: „Die nordwestliche Gruppe hat wieder-
holt die Gründe dargelegt, auf denen sie die Veranstaltung von
Weltausstellungen für überflüssig und nur noch Provinzial-
und Hochschulstellungen für berechtigt erachtet. In dieser Meinung
hält sie auch bezüglich des Vorhabens einer Weltausstellung in
Berlin im Jahre 1913, fest, gegen das sie sich mit aller
Entschiedenheit vertritt.“

Der Stillbruch auf der Zeche Wrenken I.

Zu dem Unfälle auf der Zeche Wrenken I. bei dem sieben
Bergleute durch das Rutschen eines Seiles den Tod fanden, erzählt
die „Dortm. Ztg.“ die Mitteilung aus Fachkreisen, daß sich
nach Aufhebung des Stillbruches das Setzmaterial
wesentlich verschlechtert. Die Ursache wird auf Preis-
unterbietungen gewisser Werke zurückgeführt, die beim

Wiederzustandnehmen des Synthetits größere Beteiligungsformen
benutzen wollen. Die Konkurrenz sei ebenfalls in Unter-
bietungen gewonnen und dies habe zu einer Verleumdung
des Materials geführt. Während früher die Seile noch nach 18
bis 24 Monaten des Gebrauches den für die Betriebsarbeit
gestellten Anforderungen entsprechen hätten, sind jetzt nach 6
6 Monaten schon nicht mehr der Fall.

Lohnforderungen der Maler und Lackierer.

Die Maler und Lackierereingewerkschaften hatten ihre anfänglichen
Arbeitsarbeiten unterbreiteten Forderungen teilweise ermäßigt,
da die Arbeitgeber sie als unannehmbar bezeichneten. Eine
Verhandlung der Innung in Leipzig erklärte, auch die Gehälter
für den neuen Lohn nicht annehmen zu können, weil
sie auf dem ungelieferten Lohnstande verbleiben zu müssen
188 Mindeststundenlohn wurde endlich festgesetzt; für Gehälter
noch vollendetem 19. Lebensjahre 58 Pfg., für Junggelehrten nach
vollendetem dreißigjähriger Lehrzeit 48 Pfg., für noch vollendetem
dreißigjähriger Lehrzeit 58 Pfg., für Meister nach vollendetem
19. Lebensjahre 58 Pfg.

Verbandstag deutscher Hotelbier.

Der 3. Verbandstag deutscher Hotelbier beauftragte die
Sauptverwaltung des Verbandes, nachstehende Schritte zu unter-
nehmen, daß die Hotelbier und das gesamte gewerbliche
Personal in das Unfallversicherungsgebiet einbezogen werde.
Ferner wurde der Verbandsvorstand beauftragt, eine vor-
läufige Liste der Mitglieder zu erstellen, die dem Reichstag
übergeben werden soll. In dieser Liste stehen, in das
Unfallversicherungsgebiet einen Beitrag zu zahlen, auf
Grund dessen die Arbeitgeber, die vorläufig oder vollständig
untenlassen, für die Arbeitnehmer einen Beitrag zu zahlen, von der
Vanderversicherungskasse zur Verantwortung gezogen werden.
In einer Resolution wurde dann noch beschlossen, an die ge-
richtlichen Körperstellen eine Petition zu richten, in der die
Durchführung der Unfallversicherung wiederkehrenden 36 Stunden,
ununterbrochenen Ruhezeit für die Unfallverletzten verlang-
t wird.

Auf die Naturgeschichte der „Mittellandsbreiter“.

wie sie sich in der Deutschen Mittelstandsvereinigung zusammen-
gefaßt haben, weist ein bezeichnendes Licht ein Wort, das aus
Mittellandsbreiter gemeint wird. Ein dort bestehender Verein der
Mittellandsbreiter hat sich zur Aufgabe gemacht, gegen „una-
gütliche Wettbewerber“ anderer Firmen vorzugehen, aufzuklären,
und zwar durch Schmelzen und gerichtliche Angelegenheiten.
In der letzten Generalversammlung hat nun nach dem „Vor-
wärts“ der Vorsitzende die „bedauerliche Tatsache“ konstatiert,
daß die meisten Affiktionen des Vereins sich „leider“ gegen die
eigenen Mitglieder richten mußten! — Das ist die
Geschichte der Mittelstandsvereinigung, wie sie leicht und leicht
für sie als der Ausbruch; Mittel ist auch nach mehreren Wochen
und nicht nach mehreren Tagen. Wie freilich, was sonst man von
einer Partei verlangen, über welcher der Geist des durch keine
Ermittlungsaffäre zu trauriger Bekanntheit gelangten Reichstages
Müller in Hannover schwebt!

Der Verein deutscher Arbeitgeberverbände

hat in seiner letzten Ausschussung in Berlin eine Resolution
angenommen, in der dem Reichstagsabgeordneten für das
deutsche Holzgewerbe in seinem letzten Kampfe die volle Sym-
pathe ausgesprochen und beschlossen wird, die dem Verein
deutscher Arbeitgeberverbände angehörenden Verbände und
Unterverbände zu einer vollständigen finanziellen Selbsthilfe auf-
zurufen und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände zu
erheben, bei ihren Verbänden ebenfalls eine Untergruppenaktion
auszuüben und die deutschen Holzgewerbe einzuleiten. Ferner sollen
die außerhalb der Reichstagsfeier bestehenden Arbeitgeberorgani-
sationen und Arbeitervereine auf die Bedeutung des Kampfes hin-
gewiesen und zur Unterstützung der kämpfenden Unternehmern
gleichfalls aufgefordert werden.

Deutscher Detailistenverband.

Am 2. April ist in Gomburg die Gründung eines großen, sich
über ganz Deutschland erstreckenden Detailistenverbandes erfolgt.
Die Veranstaltung dazu hat das Vorhaben der Seidenwarenfabri-
kanten in Gomburg gegeben, welche die Seidenwarenfabrikanten
wollten, als sie von auswärts der Seidenwarenfabrikanten
konventionen stehenden Fabrikanten Seidenwaren bezogen, für den
gelieferten Warenbezug von den Mitgliedern der Konvention
einen Aufschlag von 10 v. H. zu zahlen. So, das Minister der
Seidenwarenfabrikanten ging so weit, daß, wenn Abnehmer ohne
Zahlung dieses Aufschlages regulierten, darin die Erklärung
liegen sollte, daß der Abnehmer von außerhalb der Konvention
gelieferten Fabrikanten Waren nicht bezogen habe. Auf Ver-
anlassung der Detailistenvereine in Hamburg und Bremen
haben die dortigen Seidenwarendetailisten gegen diese Preisver-
änderung einmütig Protest erhoben. Die Detailistenvereine in
Gomburg hatte sich aber diesem nicht beugigt, sondern eine
Verammlung von Textilwarendetailisten aus ganz
Deutschland einberufen, um gegen das unbedeutende Vorhaben
des Seidenwarenfabrikanten zu protestieren und um einen allgemeinen
Einbruch in das deutsche Holzgewerbe, speziell
auch gegen die Arbeitervereine von Gomburg, zu verhindern und
Gomburg, zu gründen, an dem bereits Hunderte von Zusam-
menfassungen teilsweise angehörender Detailisten aus ganz Deutsch-
land vorliegen.

Zur Debatte des Herrn v. Tschirchky.

Die Bonner „Tribüne“ weist jetzt der sozialistischen
englischen Presse vor, daß sie letztendlich die öffentliche Meinung
im Lande über Deutschlands Politik täuschen wollen, indem
alle Blätter dieser Klasse sofort über die Nachdrücklichkeit, daß
Deutschland von der Haager Konferenz zurücktreten werde, wenn
die englischen Abdrückungsvorläufe zur Erörterung gestellt werden
sollten, habe kein einziges auch nur Wort in der
Erklärung genommen, die Herr von Tschirchky in der
„Tribüne“ veröffentlicht hat. Der v. Tschirchky faßt demnach
in sein Telegramm nicht einmal mehr den Versuch zu machen,
sich über die Abdrückungsvorläufe von Gomburg, zu äußern, daß
seine Mitteilung an das analligkeits Blatt ihrer
Verbreitung am schädlichsten gewesen wäre.

Gegen die geistliche Schulnachte.

Der Verein evangelischer Lehrer und Schullehrer für Nieder-
sachsen und Westfalen hat in seiner in Oberfeld abgehaltenen



